

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnementspreis: Durch unsern Boten  
frei ins Haus monatlich 20.00 Mark.  
Erscheinungen nehmen die Auerblätter  
auf für Abonnenten die Postanstalten  
entgegen. — Erscheint wochentags,  
fernsprech-Anschluß Nr. 23.  
Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge.

Abonnementspreis: Die Jahressubskription  
besteht aus 12 Ausgaben zu je 2.00 Mark  
insgesamt 24.00 Mark, ansonsten  
Abonnementspreis 2.00 Mark, Restzahlung  
12.00 Mark. Bei gelassenen Ab-  
schlüssen anfordern Sie bitte.

enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 188

Montag, den 14. August 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Nach der sechsten neu ausgearbeiteten Gebührenordnung der Reichspost kostet ab 1. Oktober ein Brief nach auswärtig 8 Mark.

Der bisherige französische Botschafter in Berlin Laurent, der zurzeit in Paris weilt, wird nicht auf seinen Posten zurückkehren.

Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, es werde im September eine neue Konferenz stattfinden, welche über die Möglichkeit einer Annulierung der Kriegsschulden beraten solle.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorläufig auf 805.

### Die Lösung des Konfliktes.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Das Ergebnis der zwelitägigen Berliner Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern liegt nunmehr in einem ausführlichen Protokoll vor, das vom Reichskanzler und vom bayerischen Ministerpräsidenten unterzeichnet ist. Die beiden wichtigsten Zugeständnisse stehen am Anfang und am Ende des Protokolls: Die bayerische Staatsregierung erklärt sich bereit, die verfassungswidrige Verordnung vom 13. August aufzuheben, und die Reichsregierung erklärt ausdrücklich, über die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches hinaus Hoheitsrechte der Länder nicht an sich ziehen zu wollen. Was zwischen diesen beiden Hauptpunkten steht, sind Erklärungen der Reichsregierung zur Ausführung des Schutzes, des Beamtengesetzes und des Reichsstrafvollzugsgesetzes. Der Text dieser Erklärungen genau liest und die Einzelheiten des Konfliktes von Anfang an noch im Gedächtnis hat, der wird unschwer herausfinden, daß das Gesamtergebnis in den wichtigsten Formulierungen den Vermittlungsvorschlägen entspricht, welche die bayerische demokratische Landtagsfraktion gleich bei Ausbruch der Krise zu machen versuchte.

Die bayerischen Demokraten gingen darauf aus, im Wege glücklicher Verhandlungen und freiwilliger Vereinbarungen mit dem Reich die Reichsregierung Bürgerrechte für den Vollzug der Schutzgesetze zu erlangen, durch welche jede einseitige, ausnahmsweise Wirkung und insbesondere jeder Anschein von Zwangsmaßnahmen vermieden, und bei denen gleichzeitig die Hoheitsbefugnisse der bayerischen Justiz und Polizeiverwaltung hinreichend beachtet worden waren. Man jagte hierbei auch bereits vor, daß Verletzungen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vom Reichsanwalt den ordentlichen bayerischen Landesgerichten in weitgehendem Umfange zur Aburteilung überlassen werden sollten, wozu der Reichsanwalt ja jederzeit die Möglichkeit hat. Es war auch schon darauf hingewiesen, daß bei der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes die Interessen der Länder zu berücksichtigen seien und die Möglichkeit gegeben werden müsse, besondere Straffälle von einem eigenen bayerischen oder süddeutschen Senat aburteilen zu lassen. Auch für die Zurückführung des Reichsstrafvollzugsgesetzes war von der demokratischen bayerischen Landtagsfraktion eine ähnliche Maßnahme auf die bayerischen Hoheitsbefugnisse gefordert worden, wie sie jetzt im Protokoll vereinbart ist. Schließlich erstreckten sich die Vorschläge der demokratischen Landtagsfraktion auf die Forderung von Bürgerrechten und Sicherungen gegen eine weitere Verdrängung der den Ländern verbliebenen Hoheitsrechte.

Die bayerische demokratische Landtagsfraktion vertrat die Meinung, daß diese Zugeständnisse vom Reich auf Grund nachdrücklich und mit Ernst zu führender Verhandlungen im Wege freier Vereinbarung erreicht werden könnten, ohne daß durch Beschlüsse, wie sie die bayerische Volkspartei und mit ihr die bayerische Staatsregierung faßten, ein schwerer Konflikt mit der Reichsregierung hervorgerufen würde. Sie hatte nach den ihr aus maßgebenden Kreisen der Reichsleitung zufließenden Informationen guten Grund zu dieser Annahme. Allein die bayerische Volkspartei ließ sich um kritischen Zeitpunkt bekanntlich überhaupt auf keine Erörterung der demokratischen Vorschläge mehr ein, sondern trat unter Druck des bisherigen Reglements- und Koalitionsprogramms, welches die Behandlung von Verfassungsfragen ausschloß, gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung in ihren bekannten radikalen Vorschlägen einseitig hervor. Dieses Vorgehen hat die demokratische Landtagsfraktion von Anfang an und mit Recht als unvereinbar mit der Verfassung und als politisch schädlich angesehen, namentlich auch im Hinblick auf die derzeitige fürchterliche außenpolitische Bedrängnis des deutschen Volkes.

Was nunmehr in Berlin zustande gebracht worden ist, hätte man also zweifellos auch haben können, ohne vorher einen so gefährlich scharfen Streit mit dem Reich herbeizuführen. Man hätte dann manche überaus dauerliche Erschütterung, welche dieser Konflikt und die Art und Weise, wie er betrieben wurde, für den Reichsgedanken zur Folge haben mußte, vermieden, ebenso auch die nachteiligen Wirkungen, die in außenpolitischer Hinsicht für das Ansehen Deutschlands damit verbunden gewesen sind. Über obwohl die demokratischen Vorschläge von der neuen bayerischen Regierungskoalition geflissentlich nicht beachtet worden sind, werden sich die Demokraten in Bayern und im ganzen Reich freuen, daß wenigstens das von ihnen erstrebte Ziel erreicht ist. Möge dieser Konflikt der letzte seiner Art gewesen sein! Dazu ist es nötig, daß von Bayern und vom Reich ein biederer Strich unter die Vergangenheit gezogen wird, und daß etwa künftige Meinungsverschiedenheiten dann lediglich auf dem Wege beiderseitiger vertrauensvoller Verhandlungen ausgeglichen werden. Die Not der Zeit erfordert eine nationale Einheitsfront nach außen, einen geschlossenen Willen zur Abwehr brutaler Vergewaltigung im ganzen Volke, und gestattet nicht den geringsten Konflikt mehr zwischen dem Reich und seinen Teilen.

### Die Londoner Konferenz in der Sackgasse.

In einer Havasmeldung aus London wird festgestellt, daß die Londoner Konferenz in einer Sackgasse angelangt ist. Die Finanzminister und die Sachverständigen hätten sich über die von Deutschland zu verlangenden Garantien nicht einigen können. Ihr Bericht stelle die Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen Delegationen fest, die sich nicht nur auf die Frage der Kontrolle der staatlichen Bergwerke im Ruhrgebiet und der Staatsforsten auf dem linken Rheinufer erstreckt, sondern auch auf das Programm des Moratoriums selbst. Die englische Auffassung gebe dahin, Deutschland für alle Zahlungen bis Ende 1924 einen Zahlungsaufschub zu gewähren, ob es sich um Reparations- und Ausgleichszahlungen oder um die Unterhaltungskosten der Kommissionen handle. Italien wolle, daß das Moratorium sich nicht über 1923 hinaus erstrecke; die Franzosen wollten nicht über das Jahr 1922 hinausgehen. Die Vertreter Frankreichs, Belgiens und Italiens hätten jedoch einstimmig einen Teil der englischen Vorschläge zurückgewiesen, welcher die Emission einer internationalen Anleihe aus dem Ertragnisse der 20prozentigen Abgabe von der deutschen Ausfuhr aufschieben wolle, ohne zu gleicher Zeit das Problem der interalliierten Schulden zu regeln. Die beteiligten Sachverständigen hätten sich der Bewilligung eines langfristigen Moratoriums günstig gezeigt, sie hätten einen neuen Vorschlag unterbreitet, durch welchen ein Moratorium für die Zahlungen bis Ende des laufenden Jahres gemährt wird, während es jedoch in das Bestehen der Reparationskommission gestellt werden sollte, die zukünftigen Zahlungen Deutschlands zu bestimmen, ohne allerdings deren Umfang, wie der englische Vorschlag es haben wolle, auf den Ertrag der 20prozentigen Ausfuhrabgabe zu beschränken. Die Belgier wollten ferner die Reparationskommission auffordern, die Grundlagen für eine Anleihe zu finden. Dieser Formel hätten sich die Franzosen und die italienischen Delegierten nicht anschließen können, weil die Frage die Regelung der interalliierten Schulden beiseite lasse.

### Amerika und Deutschland.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat aus Anlaß des Verfassungstages an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

Präsident Ebert, Berlin. Zur Wiederkehr des Tages an dem Deutschland die republikanische Staatsform angenommen hat, bin ich glücklich, Ihnen meine aufrichtigsten guten Wünsche und meine Hoffnung auszudrücken, daß die große deutsche Republik stetig vorwärts schreite auf den Wegen des Friedens, die zu einer guten Verständigung, zu Gedeihen und Glück führen. Warren G. Harding.

Der Reichspräsident hat hierauf folgendes erwidert: Präsident Harding, Washington. Aufrichtig erfreut durch Ihr freundliches Gedanken uneres Verfassungstages bitte ich mit herzlichem Danke meine Wünsche entgegenzunehmen für das Wohlergehen der Vereinigten Staaten. Deutschland hofft, daß die gleichen Grundzüge und Ideale unserer gemeinsamen republikanischen Staatsform zu einer guten Verständigung und glücklichen Zukunft unserer Völker führen mögen. Ebert.

Das Telegramm Hardings verdient die größte Beachtung. Amerika hat sich bisher von allen politischen Fragen des europäischen Kontinents fast überdächtig ferngehalten. Seine Staatsmänner haben höchstens hin und wieder sich zu wirtschaftlichen Problemen geäußert. Indem der amerikanische Präsident dem deutschen Reichspräsidenten zur Wiederkehr des Tages, an dem Deutschland die republikanische Staatsform angenommen hat, seine aufrichtigsten guten Wünsche ausdrückt, gibt er zu erkennen, welchen großen Wert man in Amerika auf ein demokratisch-republikanisches Deutschland legt, welches allein die Gewähr für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas den Amerikanern zu bieten scheint. Unsere Monarchisten haben wiederholt den Anschein zu erwecken gesucht, als ob den angloamerikanischen Völkern die Staatsform in Deutschland gleichgültig sei. Nur völlige Unkenntnis der internationalen Stimmungen konnte solchem Gerede glauben, das jetzt durch Hardings Telegramm für immer zerstört ist.

### Frankreichs Schande.

In Rußland drohen die Sowjetgewaltigen die zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre hinzurichten, falls völlig andere Menschen etwas gegen die Volksherrschaft unternehmen. Die Sache an Einzelmenschen für die Vergehen anderer war immer das Kennzeichen der Barbarei. Es kann leider kaum noch überraschen, daß auch die grande nation danach strebt, das bolschewistische Niveau zu erreichen. Um seine Forderungen an Deutschland in der Frage des Ausgleichsverfahrens durchzusetzen, weist Frankreich deutsche Staatsangehörige aus dem Elfaß aus. Dabei liegen die Dinge so, daß Deutschland sich nicht etwa weigert, die Ausgleichszahlungen zu leisten, sondern lediglich um Aufschub bittet, weil es bei dem katastrophalen Marktsturz beim besten Willen nicht in der Lage ist, Zahlungen zu leisten. Frankreich hat erst durch seine Raub- und Raubpolitik Deutschland zugrunde gerichtet. Nun dieses nicht mehr zahlen kann, verheißt es sich an seinen wehrlosen Staatsangehörigen in Elfaß-Lothringen. 500 Ausweisungen sind bereits erfolgt. Die Ausgewiesenen gehören größtenteils dem Arbeiterstande an. Mit ihren Familienangehörigen zusammen zählen sie 1500 Köpfe. Die Ausweisung weiterer 500 Deutsche ist angekündigt worden. Das ist dieselbe Selbstpolitik, die die Moskauer Gewalttäter gleichfalls anwenden. In Frankreich hat der Haß und der Imperialismus offenbar die Gemüter schon so stark abgestumpft, daß man jedes Gefühl dafür verlor, welche Kulturschande in solchen brutalen Praktiken liegt. Um die barbarische Wirkung auf die Unschuldlichen zu mildern, hat das Reichsministerium des Innern dafür gesorgt, daß die Ausgewiesenen vorläufig in Privatquartieren untergebracht werden. Deutschland muß ihnen jetzt helfen und wird damit abermals finanziell in Anspruch genommen. Für die Franzosen erwächst also sogar Nachteil aus ihren völligerrechtswidrigen Gebrauchen. Aber man hat in Paris doch wieder das Gefühl, sein Mächtig geküßt zu haben — wenn auch an völlig unschuldigen und armen Deutschen.

### Geständnis der Scheidemann-Attentäter.

Die vor einer Woche in Althammer bei Kassel verhafteten beiden Mitglieder der Organisation U, die unter dem Verdacht, das Attentat auf Scheidemann begangen zu haben, nach Kassel gebracht worden waren, haben nunmehr in einem mit ihnen vorgenommenen Verhör ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach war die Tat gemeinschaftlich verabredet und vorbereitet worden. Die beiden Täter traten einige Tage vor dem Pfingstsonntag in Kassel ein und nahmen in einer Pension Wohnung. Sie beobachteten den Oberbürgermeister und folgten ihm, als er am Pfingsttag nach Wilhelmshöhe fuhr, unauffällig. Im Waide gingen sie dicht hinter ihm her. Die Schläger, die die treibende Kraft war, trug den Bleibepolter mit der Blausäure bei sich, außerdem einen Mehrfachrevolver, mit dem gegebenenfalls auf den Oberbürgermeister geschossen werden sollte. Dazu ist es aber nicht gekommen. Ausgeführt wurde das Attentat von Düster, welcher dem Oberbürgermeister — wie seinerzeit berichtet — die Blausäure ins Gesicht spritzte. Die beiden Täter flüchteten dann sofort nach der Frankfurter Landstraße zu. Sie übernachteten in einem abgelegenen Dorfe und begaben sich dann von dort auf Umwegen nach Oberschleien, wo sie sich als Waldwärtler verding-